

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

22.2.1930 (No. 52)

Der badische Finanzausgleich und die Finanzlage der Städte

Vom Badischen Städteverband und vom Badischen Städtebund wird uns geschrieben:

Die Gerichte wollen nicht verstummen, daß die Regierung eine Änderung des gegenwärtigen Finanzausgleiches zwischen Land und Gemeinden zum Vorteile des Landes beabsichtigt. Schon in der Landtagsitzung am 11. Dezember 1929 hat der Herr Finanzminister von einer Lastenverchiebung gesprochen, die gegenüber der Vorkriegszeit zu Gunsten der Gemeinden, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens eingetreten sei. Auch in der Sitzung am 14. Januar 1930 hat der Herr Finanzminister darauf hingewiesen, daß bei der Schullastenteilung das Land Württemberg besser wegkomme als Baden.

Sollte die Regierung tatächlich beabsichtigen, den Staatshaushalt für die Jahre 1930 und 1931 durch Kürzung der Steuereinnahmen der Gemeinden oder durch Abwälzung von Lasten des Landes auf die Gemeinden auszugleichen, so würde sie dabei dem allerhöchsten Widerstande der Gemeinden begegnen.

Die bisherige Schullastenteilung darf nicht unter dem Gesichtswinkel der Verhältnisse in anderen Ländern beurteilt werden. Sie erfolgte in der zur Zeit geltenden Form im Jahre 1921 auf den ausdrücklichen Antrag des Haushaltsausschusses. Der Ausgangspunkt für dessen Stellungnahme war die Tatsache, daß sich das Land bei der Verteilung der Reichsüberweisungssteuer bevorzugt hatte. Bei der Berechnung der Garantiesumme des Landes hatte dieses nicht nur die Einkommensteuer des Jahres 1919 mit ihren hohen außerordentlichen Zuschlägen sondern auch die Vermögenssteuer mit ihren außerordentlichen Zuschlägen, dagegen bei den Gemeinden nur den Ertrag der Einkommen- und Kapitalbesteuerung, in deren Ausnutzung das Gesetz die Gemeinden außerordentlich eingeschränkt hatte, nicht aber den Ertrag der Besteuerung des Vermögens und Betriebsvermögens angerechnet. Die Übernahme eines Teiles der Schullasten auf das Land war also die notwendige Folge der Begünstigung des Landes bei der Verteilung der Reichsüberweisungssteuern zwischen dem Land und den Gemeinden.

Sollte das Land jetzt versuchen, eine etwaige Minder-einnahme aus den Reichsüberweisungssteuern im Jahre 1930 den Gemeinden aufzubürden, so würde eine solche Entlastung des Landes auf Kosten der Gemeinden allerdings nicht ohne Vorgang sein. Auch im Jahre 1925 hat das Land einen Ausfall an den Reichsüberweisungssteuern der damals etwa 19 Millionen Reichsmark betrug, in voller Höhe auf die Gemeinden abgewälzt. Dies geschah dadurch, daß die bisherige Anteilsquote des Landes von etwa 51-54 Prozent an der Einkommens- und Körperschaftsteuer und von 40 Prozent an der Umsatzsteuer auf 65 Prozent an sämtlichen Ueberweisungssteuern erhöht wurde. Um diese offensichtliche Ungerechtigkeit wenigstens in der Zukunft nach Möglichkeit wieder auszugleichen, wurde gleichzeitig in das Gesetz vom 7. August 1925 die Bestimmung aufgenommen, daß die Gemeinden an demjenigen Teil der Ueberweisungen, der den Betrag von 72 Millionen Reichsmark übersteigt, zur Hälfte, also ungefähr in gleicher Höhe, wie sie bisher auch an den 72 Millionen Reichsmark beteiligt waren, weiter beteiligt werden sollen. Trotz der Steigerung des Gesamtlandesanteiles an den Steuerüberweisungen seit dem Jahre 1925 ist durch die genannte Gesetzesbestimmung der Ausfall, den die Gemeinden durch die Erhöhung der Quote des Landes auf 65 Prozent an dem Betrage von 72 Millionen Reichsmark erlitten haben, aber bis heute immer noch nicht gedeckt.

Eine Minderung des derzeitigen Finanzausgleiches zum Nachteile der Gemeinden würde aber auch vor allem um deswillen eine durch keine Finanznot des Staates zu rechtfertigende Ungerechtigkeit darstellen, weil der ungeheuren Steigerung der Fürsorgeaufgaben der Gemeinden keine entsprechende Mehrbelastung des Staates gegenübersteht. Durch die Minderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fiel den Städten die Fürsorge für alle diejenigen Erwerbslosen zur Last, die durch die Erziehung der Unmündigen noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung haben oder die durch Ablauf der Versicherungsdauer ausgegliedert wurden. Die Fürsorgekosten der badischen Städte erfordern allein durch die Aufbahrung der Aufwendungen für diese „Wohlfahrts-erwerbslosen“ im letzten Jahre eine Steigerung von mehreren Millionen Reichsmark. Für die Städte stellt diese Mehrbelastung tatsächlich nichts anderes als eine Lastenverchiebung und wesentliche Minderung des Finanzausgleiches zu ihren Ungunsten dar, da den zwangsläufigen Mehrausgaben für die Wohlfahrtspflege keine entsprechenden Mehrerinnahmen gegenüberstehen. Der Staat hat sich seinerseits jeder Mehrbelastung durch die Fürsorge dadurch entzogen, daß er seinen Anteil an der gehobenen Fürsorge durch Einleitung eines festen Betrages von 6 Millionen Reichsmark in den Haushaltsplan nach oben begrenzt hat.

Es sei in diesem Zusammenhange auch weiter auf die außerordentlichen Lasten hingewiesen, die die Städte durch Aufnahme eigener Anleihen für den Wohnungsbau übernommen haben, auf welchem Gebiete der Staat gleichfalls eine gewisse Zurückhaltung geübt hat. Die Wohnungsbauanleihen der verbandstfreien Städte belaufen sich heute auf über 70 Millionen gegenüber 23 Millionen Reichsmark Anleihen des Staates. In vielen Städten reichen die Zinsen und Rückflüsse aus den Gebäudesonderverordnungen nicht aus, um die Zinsen dieser Anleihen zu decken, während der Staat aus seinen Gebäudesonderverordnungen nach Abzug seiner eigenen Schuldzinsen noch einen Ueberschuß von etwa 700 000 Reichsmark erzielt.

Wehnlich verhält es sich mit dem Erträgnis der Kraftfahrzeugsteuer, das nach dem Sinne des Finanzausgleichsgesetzes sämtlichen Straßenbaupflichtigen, also auch den Städten und Kreisen zukommen sollte, während es jedoch vom Staat (im Gegensatz zu allen anderen Ländern) in voller Höhe selbst beansprucht wird. Da der Aufwand des Staates für die außerordentliche Landstraßenunterhaltung zuzüglich Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden um mehrere Millionen Reichsmark niedriger als der Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer ist, erzielt das Land auch aus dieser Steuer eine erhebliche Mehrerinnahme. Die Städte haben daher beim Landtage nochmals den Antrag gestellt, daß bei der bevorstehenden Änderung des Straßen-

gesetzes sämtliche Wegeunterhaltungspflichtigen an der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Verhältnis ihrer Kosten beteiligt werden.

Auch auf dem Gebiete der Polizeikostenverteilung ergibt sich eine gleiche Benachteiligung der Städte dadurch, daß das Land den Reichszuschuß ganz für sich behält und bei der Errechnung des Gemeindeanteils an den Polizeikosten nicht berücksichtigt.

Wer die Entmischung des innerstaatlichen badischen Finanzausgleiches in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß jede Abwälzung weiterer Lasten auf die Städte eine offensichtliche Ungerechtigkeit darstellen würde und von dem Landtage nicht vertreten werden könnte. Wenn das Defizit des Staatshaushaltes gegenüber früheren Jahren gewachsen ist, so findet diese Erscheinung ihre Parallele in allen Städten und Gemeinden. Ebenso wie die Gemeinden aber gezwungen sind, ihren Haushaltsplan selbst auszugleichen, muß dies auch vom Land verlangt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in dem Staatshaushalte noch viele Abstriche (so an Zuschüssen und anderen Ausgaben) möglich sind. Auf der anderen Seite ist beifolgendermaßen aber auch nicht einzusehen, weshalb auf eine Einnahme wie die aus der Schlacht- und Fleischsteuer in Höhe von 2,7 Millionen Reichsmark in einer Zeit verzichtet wird, zu welcher die Schwierigkeiten der Staatsausgleichung dauernd wachsen.

Baden

Wie man sie einschlägt

In Karlsruhe kündigten die Nationalsozialisten auf Freitag, den 21. Februar eine „Maffensammlung“ im großen Festhalleaal an. Eingeladen wurde durch mit dem Hakenkreuz versehene Handzettel und Anschläge an den Plafondsäulen. Ein satirischer Witzbold war es offenbar, der am letzten Tag des Anschlags einen Zettel auf das nationalsozialistische Plakat heftete, auf dem bloß das Zeichen § 51 angebracht war. Der § 51 des Reichsstrafgesetzbuches wird in Gerichtsverhandlungen öfters erwähnt und ist fast volksbekannt. Er lautet folgendermaßen:

„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in

einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.“

Der Spott ist angefüllt des ständigen Madaus, der Standal-macherei und der widerlichen Reklame, durch die diese Partei in ihrer Presse und ihren Agitationsreden die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen sucht, durchaus angebracht und berechtigt. Schreiben diese Karikaturen der Freiheitskämpfer der Napoleonkriege doch auf ihren Handzetteln: „Die Parteien sehen ruhig zu, wie wir immer mehr körperlich und geistig die Sklaven der Fremden und Fremdrassigen werden. Einzig und allein die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei steht im Kampf gegen die Versklavung der deutschen Arbeit und die Ueberfremdung der deutschen Kultur.“ Die Nationalsozialisten sind in der Tat diejenigen, die sich zwar wie toll benehmen, indem man sie mit dem § 51 des Strafgesetzbuches verspottet, aber zugleich die, die zusammen mit den Kommunisten eine feinerlei positive Arbeit zur Besserung unserer Verhältnisse leisten; denn ihre Reklameveranstaltungen und ihr Wirtschaftsabend à la „Darmstädter Hof“ und ihre Beschimpfungen des Parlaments und der Regierung nützen niemand etwas, aber schaden unserem Ansehen umso mehr.

Für die Festhalle-Verammlung war übrigens auch „Ag.“ (= Parteigenosse) Rechtsanwalt „Rupp“ als Redner angekündigt auf dem Handzettel. Herr Rupp war noch bei den letzten Landtagswahlen Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei. Jetzt hat er sich zu der Nationalsozialisten hinüber gemauert — wie so manche andere, die das schon bei den Landtagswahlen getan haben. Kein Wunder bei der Politik, die von der Hugenberg-Partei getrieben wird!

Der Ziefstand in der Kommunistischen Partei

Vor einiger Zeit wurde ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergebissen. Bei der Verhaftung der Täter lernten wir die echten kommunistischen „Säulen“ kennen. Zwei Namen nur: Ali und Piepel. Sie gehören einer besonderen Jungt an. Es sind die Strohmänner, mehrfach vorbestraft wegen Diebstahl, Messerstecherei, Zuhälterei. Sie gehören zu der Rotte der Vandalen, die nachts randaliert und Fensterheben einschlägt. Aber sie sind im Hauptberufe — kommunistische Funktionäre! Ein anderes Bild vom Berliner Chauffeurirei. Ein übliches kommunistisches Gewerbe. Die Betrogenen sind die Chauffeure selbst, welche sich zu Gassen aufputzen lassen von den Kommunisten, deren Führer sich dabei verborgen halten. Jetzt sind einige verurteilt worden von diesen verführten Chauffeuren. Familienväter mit Kindern. Sie schimpfen heute über ihre gewissenlosen kommunistischen Führer, die sie als Schurken beschreiben. Aber sie müssen doch ihre Strafe abtun. Ihre Familie gerät in Elend. Alles dank der kommunistischen Verbeugung.

Wochenplauderei

Der neue Herder kommt / Der Hampelmann im Auto / Nur kein Dudmäuser / Der rede: Stadtrat / Das Barmädchen / Sklavener

Der neue Herder kommt, das ist eine gute Nachricht, die, glaube ich, noch keiner vor mir in die Presse gebracht hat. So eine Nachricht läßt sich ein richtiger Zeitungsschreiber etwas kosten. Dafür fährt er den ganzen Rhein entlang bis nach Freiburg. Ich hab ja nichts gegen Meyer und nichts gegen Brochhaus. Die neuen Auflagen von ihnen haben wirklich ganz hervorragende Seiten. Aber, aber... Wenn in einem Konversationslexikon die Auferstehung Christi angezweifelt wird, wenn da über das Christentum selber, wie jetzt im 4. Bande, vollkommen liberale Anschauungen feilgeboten werden, dann ist das doch nichts für ein christliches Heim. Solch ein Lexikon ist aber nun einmal die Unmöglichkeit im Heim. Zumal in der Zeit, wo man im Radio manches hört und hinterher allerlei nachschlagen möchte, da muß man ein Werk haben, das in den Kernfragen des Christentums grundsätzlicher ist. Darum bin ich also bis nach Freiburg gefahren, um an Ort und Stelle festzustellen: Kommt er oder kommt er nicht... Ja, er kommt. Er wird mit dem letzten Bande noch früher fertig sein, als Brochhaus. Es wird das modernste Lexikon sein, das es gibt. Diese Nachricht hat mich ganz froh gemacht, denn ich weiß, wie einst die französischen Revolutionäre ihre berühmte Revolution gerade durch ein solches Lexikon vorbereiten haben. Sie heißen daher ja auch Enzyklopädisten. Ich weiß, wie Mussolini an einem solchen Kiellennachschlagewerk arbeiten läßt, weil er damit seinen Faschismus zu stützen hofft. Das Herderische Lexikon ist keine Verlagsangelegenheit, sondern eine Sache des gesamten gläubigen deutschen Christentums. Damit ich an das Erscheinen eines Werkes, das auch für einen großen Verlag ein gewaltiges Unternehmen ist, auch recht glaube, darum hat man mir die Räume gezeigt, wo man schon lange daran arbeitet. Nachher steht so ein Werk friedlich im Schranke, aber was ein Apparat ist dazu nötig. Du liest ja auch deine Zeitung, als wäre das nur etwas bedrucktes Papier, und du vergißt, welche Maschinen notwendig sind, um sie herzustellen, welche ein Redaktionsstab vom hohen Chefredakteur angefangen bis zum letzten Stütz, welcher eine Masse von Räumen, von Kariotheken und was es alles ist... Also der neue Herder kommt. Schnell noch ein Meluja, bevor es Nachmittags wird...

Ja, nun fängt es ja doch an, einem ein wenig in den Gliedern zu fröheln vonwegen Faschnacht. Ich hab begonnen, das Leben da zu beobachten, wo es auf dem Kopfe steht. Das ist sehr interessant, wie denn ja auch eine Landchaft ganz anders aussieht, wenn man sich selber auf den Kopf stellt. Steigt da ein Mann in sein Auto. Er ist freimüßig und sagt das bei jeder Gelegenheit. Nur aus seinem Glucke kann man schließen, daß er noch hier und da an den Herrgott denkt. Aber in seinem Auto haumelt ein Hampelmann. Wenn dieser Hampelmann nicht an seinem Plage ist, dann fährt dieser freimüßige Mann nicht los. Er wird jeden Tag dazu aufgeleitet sein, über Jeremionie, über Rosenkränze, über Reliquien und ähnliche fromme Gegenstände zu lächeln, aber sein Hampelmann muß im Auto sein, sonst fährt er eben nicht los. Ist das nicht interessant: Den Herrgott abschaffen und einen Hampelmann als Fetisch verehren? Es ist unheimlich, wie bei uns im Lande der Aberglaube unter dem Protektorat jener sogenannten modernen Bildung, die ohne Hampelmann nicht inspiert, fährt, allertalben anwächst. Man unterfucht die Linien der Hand, man fragt die Sterne, man wendet sich an die Zigeunerfrau. Gib einmal Acht, in wievielen Autos heute Hampelmänner zu sehen sind... Solt noch so drollige

Einfälle für den Fasching, an das Leben kommt ihr doch nicht heran!

In irgendeiner Wirtschaft sitzt ein Schuhmachermeister. Er hat es nicht leicht. Er muß manchen Pinn einschlagen und manches Stück Beschraubt drehen, bis er einen Rehnmarkstein verdient hat. Da endlich hat er genug. Er muß sich einmal ausleben. Und nun sitzt er in der Wirtschaft, hat bald die Stumpane um sich und zecht und zecht und ist schließlich so weit, daß er seine Geldscheine zerreiht. Wäre da nicht der menschenfreundliche Wirt, er hätte auch das Letzte zerissen, was er nicht mehr verfrinken konnte. So ist der Mensch. Es braucht ja nicht gerade ein Schuhmacher zu sein, die alle eine gewisse Neigung zum Philosophieren haben, sondern es könnte auch ein anderer Handwerker oder ein Gesell oder ein Arbeiter oder ich weiß nicht wer sein. Wen fröhelt es nicht einmal in den Gliedern? Man muß die Welt nicht nach seinem Köpfechen zurecht drehen. Der Junge weiß, wann er Ball schlägt, wann er mit Knidern spielt und wann die Zeit für den Herbstdrachen gekommen ist. Das weiß er so genau, wie es die Schwalbe weiß, wann sie heimkehren muß. Merkt's auch auch für den Fasching. Nehmt das Leben am Bügel wie ein junges Pferd. Es muß einmal wiehern. Es muß nicht immer an der Deichsel sein. Es muß auch einmal springen. Aber immer am Bügel, das ist schon gut. Ich mag die Dudmäuser nicht und die Spielverbreher, denn eines Tages spielen sie doch ihr Spielchen und dann sitzt der Teufel dabei und hat die Pfumpfe in der Hand. Das erste herrliche Ziel muß sein, nicht ein Volksbergnügen abzuschaffen, sondern es in den rechten Grenzen zu halten und es zu einer richtigen schönen Freude zu machen.

Ja, ja, auch von dem Redner muß ich erzählen, den es schon oft gegeben hat. Er weiß nicht, daß man an einer Fest-tafel essen und trinken will, nicht aber Reden hören. Im Gegenteil, er meint: Jetzt sag ich es ihnen... Da, eine kleine Pause... Sie klatschen, damit er aufhört. Er aber deutet das anders und redet nun erst recht. Wieder eine kleine Pause, wieder der Beifall. Ei, bin ich ein Redner, hab ichs los. Und so geht das eine Stunde fort, und da es ein Stadtrat ist... es könnte auch ein Professor sein — so muß man's mit Respekt über sich ergehen lassen... Hätte er nur seine Frau neben sich sitzen gehabt, dann hätte sie schon zeitig gesagt: „Gustav, nun Schluß... es ist Zeit...“ Sie fennit das ja von zu Hause. Ich habe übrigens still mich mit meinem Kellercher beschäftigt und mich köstlich amüßert. Ich brauche keinen Faschingsanzug, Stoff genug bietet jeder Tag...

Ach, du armes Mädchen, dein Schicksal hat mich sehr beschäftigt. Man hat mir von dir erzählt, du hättest eine Stelle in einer Bar. Mußt jeden Abend den Herren für mindestens 60 Mark Champagner und Wehnliches verkaufen. Mit all den Mitteln eines Barmädchens. Da ist mir ja nun doch das Leben vergangen. So etwas gibt es. Am Ende schon an der nächsten Straßenecke. Sie lächelt, so sagte man, wie ein Batazzo. Ja, grauam ist euer Fasching, grauam... 3 Uhr morgens taumelt sie nach Hause. Atmet die reine Nachtlust und betet zu Gott über den Sternen...

Das sind so meine Neugierigkeiten. In der Welt ist ja nicht viel los. Die einen reden über den Youngplan und die andern studieren ihn. Ich warte, bis die Letzteren fertig sind. Das dauert noch bis nach Faschnacht, denn dieses Geles ist ein Band von über fünfshundert Seiten... Ach, die armen, armen Volksvertreter, die das lesen müssen...

Weiteres zur Frage: Württemberg und Baden

Bei den Erörterungen der Frage der Vereinheitlichung bzw. der Zusammenlegung süddeutscher Länder beharrt sich wieder einmal, daß niemand aus seiner Haut fahren kann — weder der grundsätzliche Unitarist noch der grundsätzliche Föderalist. Beide haben ein — vielleicht gefundenes — Mißtrauen gegen einander, das aber, so hoffen wir, der Sache, um die es sich handelt, förderlich sein wird.

In der „Zfkt. Ztg.“ z. B. ist man unitaristisch; deshalb wird dort alles, was vom — föderalistischen Zentrum und seiner Presse herkommt, unitaristisch auf Partikularismus hin gesehen und mißtrauisch hin und her gemendet. Wenn z. B. von Zentrumsseite irgend etwas davon gesagt oder geschrieben wird, daß Württemberg und Baden zusammen zu weitgehenden zentralistischen Bestrebungen von Berlin aus besser gemacht seien, als für sich allein, dann sprechen die Zfkt. Ztg. und der demokratische Abgeordnete und gewesene Minister Leers schon von einem „süddeutschen Bloß“ gegen Berlin und der Gefahr einer neuen Mainlinie. Als ob möglich wäre, nachdem den Ländern, wie Rechtsanwalt Dr. Diez ganz richtig feststellt, von 1870—1919 die ausprägende Politik, die Militärhoheit, das eigene bürgerliche Recht und Strafrecht, die oberste Gerichtbarkeit, die Verfassungsgerichtsbarkeit, die Steuerhoheit ganz oder zum größten Teil abgenommen und auf das Reich übertragen worden sind. Da ist es mit der gefährlichen „Mainlinie“ längst vorbei und auch mit einem für den Reichsgedanken irgendwie bedenklichen „Bloß gegen Berlin“. Und was allein noch bleibt, das ist die gesunde Opposition gegen die Einteiligkeit, die gewisse Zentralisten am grünen Tisch aushecken und auf die Wirklichkeit übertragen möchten. Wer überhaupt die Einwendungen, die von föderalistischer Seite gegen gewisse Pläne gemacht werden, anders ansieht, als so, daß damit Unheil bei der kommenden Reichsreform verhindert werden soll, der vertritt die Föderalisten nicht, die es zweifellos bezüglich ihres Wirklichkeitssinnes mit den grundsätzlichen Unitaristen oder gar Zentralisten sehr wohl aufnehmen können. Wir sprechen dabei selbstverständlich nicht von jenen hoffnungslos fixen Gebliebenen, die aus der Entwicklung seit 60 Jahren absolut nichts gelernt haben. Daß all die Erörterungen über die Frage der Reichsreform nur dem einen Zweck dienen, das Reich zu kräftigen und das deutsche Volk für seine heutigen Aufgaben geeigneter zu organisieren, steht und stand für uns, ohne daß es immer betont zu werden braucht, von allem Anfang an außer Zweifel.

Wenn Föderalisten und Unitaristen die Fragen, um die es sich hier handelt, immer wieder von neuem besprechen und dabei die Gegensätze klar heraus gearbeitet werden, dann wird dadurch der Synthese vorgearbeitet, auf die um überhaupt etwas zu erreichen, hinsteuern muß.

In diesem Sinn nehmen wir hier auch Notiz von einer Meinungsäußerung, die jochen Rechtsanwalt Dr. Diez, der bekanntlich an der Schaffung unserer badischen Verfassung mit beteiligt war, an die Presse verleiht. Dr. Diez hat über die Frage „Württemberg und Baden“ seine eigene Ansicht. Er wendet sich „gegen den neuen Kleinstaat Baden-Württemberg“ und schreibt zur Begründung dieses Standpunktes:

„Baden und Württemberg sind heute bereits im Rahmen des Deutschen Reiches selbständige Reichsprövinzen mit einer eigenen historischen, geographischen und wirtschaftlichen Interessensphäre. Wenn man auch die widrigen Umstände, welche bei der Schaffung dieser beiden Rheinbundstaaten bis zum Jahr 1810, einschließlich fremdbändiger Willkür und Bestechung, eine Rolle gespielt haben, reichlich in Rechnung stellt, so muß man doch andererseits feststellen, daß diese beiden Staatsgebilde, wenn einmal die alten Reichsteile Franken und Schwaben der Zertrümmerung anheimfielen, keineswegs so sinnwidrig aufgebaut sind, als es im Jahr 1806 vielleicht momentan den Anschein haben konnte. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen mehr als 120 Jahre hat im Gegenteil bewiesen, daß diese beiden Länder auch als Wirtschaftszentren durchaus existenzberechtigt sind. Württemberg gruppiert sich heute in sehr geschickter Weise um den Industriekomplex Groß-Stuttgart. Baden, d. h. das Gebiet des Rheintales mit seinen Nebengebieten von Mannheim über Basel bis nach Konstanz, ist ein uraltes Bälzerwanderungs- und Verkehrsgebiet, das durch die Schiffbarmachung des Rheines über Basel bis nach Konstanz und durch die Ausnützung der Wasserkräfte von Rhein und Schwarzwald sogar erst jetzt seine volle wirtschaftliche Bedeutung erlangt. Eine Zusammenlegung der beiden Wirtschaftszentren, deren Interessen an sich keineswegs identisch sind, könnte nur zu einer sehr äußerlichen Ehe führen, bei der noch dazu Baden, als der an Bevölkerungszahl und Gebietsfläche schwächere Teil, voraussichtlich der leidtragende Teil sein würde. Die durch die Zusammenlegung möglichen pekuniären Ersparnisse erscheinen minimal gegenüber den sicheren Schädigungen für beide Teile, wenn jeder von ihnen sich gewordene und ihm unentbehrliche kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen dieser Zusammenlegung zum Opfer bringen muß. Wenn beide Teile als Reichsprövinzen selbständig nebeneinander verwaltet werden, so wird damit die Ausgleichung territorialer Grenzschwierigkeiten in Bezug auf einzelne Gerichts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsbezirke sich mit Leichtigkeit erledigen lassen. Eine Größensberechtigung als selbständige „Staaten“ haben diese beiden Wirtschaftszentren ja doch nicht mehr, nachdem ihnen von 1870 bis 1919 allmählich die auswärtige Politik, die Militärhoheit, das eigene bürgerliche Recht und Strafrecht, die oberste Gerichtsbarkeit, die Verfassungsgerichtsbarkeit (Kost- und Eisenbahnen), die Steuerhoheit ganz oder zum größten Teil abgenommen und auf das Reich übertragen worden sind. Auch bei dem neuen Kleinstaat Baden-Württemberg würden alle diese für die Souveränität eines Staates sogar noch der Rheinbundakte von 1806 noch wesentlichen Höchstgebiete weiterhin durch das Reich und die Reichsstellen in

Drei Entscheidungen des Staatsgerichtshofs

In der letzten Zeit sind vom Staatsgerichtshof in drei Fällen über die verschiedenen Arten der in deutschen Ländern geltenden Wahlrechte Entscheidungen gefällt worden, die deshalb von besonderer Wichtigkeit sind, weil sie, falls sie negativ gewesen wären, den weiteren Bestand der Regierungen in den betreffenden Ländern hätten gefährden müssen. Sie sind aber durchaus im Sinn einer Verstärkung der Wahlrechte in ihren Grundzügen ergangen, sodaß sich aus ihnen keine Weiterungen für die Regierungen ergaben.

Der erste Spruch, in dem sich der Staatsgerichtshof mit dem

bayerischen Wahlrecht

befasste, ist schon vor einigen Tagen gefällt worden. Nach ihm ist das bayerische Wahlrecht als solches nicht anzuzweifeln. Nur die Verteilung der Reststimmen wurde beanstandet, und fünfzehn Mandate, die auf Grund der Reststimmverteilung erlangt worden sind, wurden ungültig erklärt. Auf den Weiterbestand des übrigen Landtags und auf die Rechtsgültigkeit der von ihm bisher beschlossenen Gesetze hat der Spruch keinen Einfluß, sodaß der Landtag seine diesbezügliche Arbeit nicht zu wiederholen braucht. Mit der Verteilung der Reststimmen hatte es folgende Bemerkung zu tun: In Bayern gab es bisher nicht wie zum Beispiel in Preußen und im Reich Landbestimmte, auf die die Bestimmungen der Parteien angewendet werden konnten. Den Parteien steht vielmehr, falls sie in den Wahlkreisen Abgeordnetenliste erlangt haben, das Recht zu, auf die Restmandate nach dem Verhältnis der erhaltenen Stimmen Anspruch zu erheben. Diese Bestimmung hat der Staatsgerichtshof als der Reichsverfassung widersprechend erklärt, da die Mandate nicht eigentlich auf Grund einer Wahl erlangt seien. Das bayerische Wahlgesetz wird nun dementsprechend un geändert werden müssen.

In der Entscheidung, die in der

Klage der Volksrechtspartei und der anderen Splitterparteien in Preußen

wegen nicht genügender Berücksichtigung bei den Landtagswahlen gefällt wurde, hat der Staatsgerichtshof die Anträge der klagenden Parteien, die Bestimmungen des preussischen Landeswahlgesetzes, soweit aus ihnen die Berechtigung für die Behandlung der kleinen Parteien hergeleitet wurde, als verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen. In der Begründung seines Urteils hat der Staatsgerichtshof in klarer Form auseinandergesetzt, daß die Gleichheit im Wahlrecht nur

formal gemeint werden dürfe. Dem Grundsatze der absoluten Gleichheit entsprechen die Bestimmungen zwar nicht, in denen die Berücksichtigung gewisser, in den Wahlkreisen nicht verteilter Stimmrechte auch für den Fall ausgeschlossen werde, daß sie die Wahlzahl erreichten. Indessen finde diese Abweichung vom Gleichheitsgrundsatz ihre verfassungsmäßige ausreichende und daher vom Staatsgerichtshof zu achtende Grundlage im Artikel 22 der Reichsverfassung, nach dem es dem Reichswahlgesetz überlassen bleibe, nähere Bestimmungen zu treffen. Die Aufgabe, die getroffenen Bestimmungen in Einklang mit den Grundzügen des Verhältniswahlrechts zu bringen, sei dem Gesetzgeber überlassen worden. Ihre Erfüllung sei aber nur möglich, wenn dem Wahlgesetz ein gewisser Spielraum bei der Durchführung der großen Wahlgrundzüge gewährt werde, es nötigenfalls auch von ihnen abweichen dürfe. Eine starre Bindung des Wahlgesetzgebers an jeden einzelnen dieser Grundzüge könne die Verfassung nicht bezweckt haben. Gleichheit und Ungleichheit seien darum keine sich ausschließenden Gegensätze, vielmehr seien Abstufungen und Uebergänge möglich und denkbar. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheinen die Bestimmungen für Splitterparteien gerechtfertigt.

Die dritte Klage, die der Staatsgerichtshof entchied, betraf

das Wahlrecht Württembergs

allerdings nur mittelbar, da sie sich mit dem Bestand der württembergischen Regierung befaßte. Diese Regierung sollte nach Auffassung der württembergischen Sozialdemokraten verfassungswidrig sein, da sie trotz mehrerer Mißtrauensvoten immer noch im Amt sei. Die Sache liegt aber so, daß nach der württembergischen Verfassung bei Stellung der Vertrauensfrage die positiven Stimmen zusammen mit den Stimmenthaltungen gezählt werden. Im vorliegenden Falle hatte sich mehrere Male für die württembergische Regierung eine positive Beantwortung der Vertrauensfrage nur dadurch ergeben, daß man die verfassungsmäßige Zusammenzählung der Stimmen vornahm und, als diese noch nicht reichte, die Stimme des deutschen Reichs Kultusministers Dr. Ba-zille den Ausschlag gab. Der Staatsgerichtshof vermochte darin aber weder eine Verfassungs-, noch eine Sittenwidrigkeit zu erkennen. Der Satz, daß bei der Abstimmung einer Körperschaft ein Mitglied nicht in eigener Sache stimmen dürfe, gelte in dieser Allgemeinheit weder im öffentlichen noch im bürgerlichen Recht. Die Anträge der Sozialdemokraten waren also abzulehnen.

Kirchliche Nachrichten

Aus der Erzdiözese

Bestellungen. Bilar Friedrich Koch in Stollhofen nach Gerchheim. Bilar Josef Carl in Gerchheim nach Schwarzach. **Verzicht.** Der Herr Erzbischof hat den Verzicht des Pfarrers Johann Geldinger auf die Pfarrei Warlesheim (Belant Konstanz) mit Wirkung vom 2. Juli d. J. angenommen.

Zur Bischofsweihe am 24. Februar

Aus der Diözese Konstanz, 21. Febr. Bei der Bischofsweihe am 24. Februar nimmt die Konsekration Erzbischof Dr. Carl Frey (Freiburg) vor unter Assistenz der Bischöfe Dr. Sprall-Mattenburg und Hugo (Münch). Von den Vätern, die der Diözese nahestehen, nimmt Erzbischof Dr. Rosenthal Bolger (Deuzon) an der Feier teil. Staatspräsident Dr. Wolf und Justizminister Dr. Boverle haben ihr Erscheinen ebenfalls zugesagt. Den vorbildlichen Kultusminister vertritt der Präsident des Reichs- und Oberkirchenrats Dr. Spitznagel.

Das neue Bischofskreuz und der Ring, die Weihbischof Fischer bei seiner Bischofsweihe am 24. Februar tragen wird, kommen aus der bekannten Kunstwerkstätte von Fritz Wölfer-Schmiedlich-Gmünd, das Bischofskreuz ist in kostbaren weißen und farbigen Emaillearbeiten gefügt mit kunstvollen Verzierungen innerhalb einer großen architektonischen Form. Auch der Ring huldigt dem großen Formgedanken in Verbindung mit Email und Goldarbeiten. Dieser, ein Ametall, zeigt das Wappen des Weihbischofs. Es enthält neben der heraldischen Zeichen der Diözese zwei Fische auf den Namen weisend in diesem Sinn, aber Christus symbolisierend. In einem anderen Feld verfinstert eine Blüte die Mutter Gottes. Die Sterne deuten auf den Herrschaftsbereich der Himmelkönigin.

Die „Mechelner Gespräche“. Eine Mitteilung des „Osterators“.

Der „Osterator Romano“ veröffentlicht folgende Mitteilung: In ausländischen Zeitungen, wie im „Daily Telegraph“, den „Sunday Times“ und den „Times“ wird eine Veröffentlichung der sogenannten „Confessions des Malines“ angekündigt. Auf neue wird wieder in dieser Antifundung behauptet, daß bei den Mechelner Gesprächen „zwischen den Vertretern der anglikanischen und der katholischen Kirche“ Abmachungen getroffen worden seien; sogar von konkreten Vorlesungen ist die Rede. Der „Osterator Romano“ bringt diesen Behauptungen gegenüber ein entschiedenes Dementi. Ob von anglikanischer Seite bei den Besprechungen ein Delegierter anwesend war, ist nicht bekannt; sicher ist jedoch von katholischer Seite kein einziger Auftrag zum Führen von Unterhandlungen gegeben worden. Wie der „Osterator“ bereits am 21. Januar 1928 mitteilte, haben die Besprechungen nur einen privaten Charakter gehabt.

Krankenhausneubau in Säckingen

Säckingen, 21. Febr. Die geistige Bürgerauschüßung bewilligte mit 20 gegen 14 Stimmen 400 000 RM zur Erweiterung des jetzigen Krankenhauses in einer Länge von 37 Metern mit einer Bettenzahl von 87 Stüd. 240 000 RM, der benötigten Mittel werden durch Kapitalaufnahme beschafft.



adressiert nicht nur:

sondern vereinfacht und verbessert alle wiederkehrenden Schreibarbeiten im geschäftlichen und behördlichen Bürobetrieb. Das Adrema-System bedeutet eine feststehende Ordnung, aus der sich die verschiedensten Arbeitsgänge maschinell entwickeln und das sich genau den jeweiligen organisatorischen Aufgaben anpaßt. Handelt es sich um Inkassoverfahren, dann beschriftet Adrema die Listen mit den dazugehörigen Quittungen. Für den Lohnvorgang bedruckt Adrema alle Lohnpapiere. Ferner werden alle Auftrags-, Versand-, Buchungsunterlagen und viele andere Formulare in absolut fehlerfreier Übereinstimmung der einzelnen Formulare untereinander und mit dem Urmaterial beschriftet. Wie sich das Adrema-System aus den Anforderungen entwickelt und wie es sich jeder Organisation zweckmäßig einordnen läßt, dafür machen wir unverbindlich individuelle Vorschläge. Druckschrift C 6 kostenlos.

ADREMA MASCHINENBAUGES. M. B. H., BERLIN NW 87
ALT-MOABT 62-68

Badischer Landtag

Arbeitsrecht und Gewerbeaufsichtsamt

Sitzungsbericht

Karlstraße, 21. Febr. 1930.

Zu der um 9 Uhr vom Vizepräsidenten Mayer, Heidelberg eröffneten Sitzung wird die Beratung über den Voranlass

des Innenministeriums

fortgesetzt.

Zum Titel „Gewerbeaufsichtsamt“ und „Arbeitsrecht“ spricht Abg. Marzloff (Soz.) und verlangt eine jährliche Kontrolle aller Betriebe. Aus der Arbeiterkraft rege sich selbst Widerstand gegen das Betriebsratsgesetz. Die Vernehmung der Betriebsräte verlangt die Ausdehnung der Kontrolle. Die Definition des Arbeiters, Kollaborieren seien Menschen ohne Produktionsmittel, nicht auf Widerstand der christlichen Gewerkschaften.

Abg. Seitzmann (Ztr.) weist auf die im außerordentlichen Etat für die werkschaftliche Erwerbslosenfürsorge eingelegten 600 000 M. hin. Dieser Betrag sei leider viel zu klein. In den Gemeinden sei genügend Gelegenheit zur werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge gegeben, doch hätten die Gemeinden weder Kapital noch Veranlassung auszubringen. Es gäbe eine Möglichkeit, die Arbeiterkraft zu entproletarisieren, indem der Arbeiter die Möglichkeit der Schaffung des Eigenheimes und kleiner Bauwerkstätten verschafft werden. Das habe man in Oestringen mit Erfolg versucht. Allen Helfern sei zu danken. Dieses Vorgehen müßte auf ganze Land ausgedehnt werden. Gewisse Voraussetzungen müßten vorhanden sein, besonders der gute Wille, einiges Kapital und Land. Umgekehrt des großen Wertes der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge sollte man diese Gedanken erörtern. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Fischer-Königs (Dem.) steht zum Gedanken der Betriebskontrolle durch das Aufsichtsamt, da das Gefühl des Arbeiters hinter dem großen Ziel der Gesundheitshaltung der Arbeiterkraft zurückgehen müsse. Auch Arbeiter mit technischen Kenntnissen sollten zur Kontrolle zugelassen werden. Erziehung des Arbeitgebers zur Verantwortung sei ebenso nötig, wie die Erziehung der Arbeiterkraft. Die geordneten Betriebe gehörten gegen ungeduldeten geschützt. Der Schutzkonkurrenz dürfe durch den Staat nicht unterbunden werden. Die deutsche Wirtschaftskraft müßte erhalten werden.

Abg. Gabermehl (Dem.) dankt den Schöpfern und Leitern des Gewerbeaufsichtsamtes, das wirklich wachsam gewirkt habe. Bei Unfällen liege die Schuld meist auf Seiten der Arbeiterkraft. Rechner mende sich nicht gegen die sozialistische Definition des Arbeiters.

Abg. Wenz (Soz.) spricht dem Gewerbeaufsichtsamt Dank und Anerkennung aus. Die Sonntagserhebung müßte strikte durchgeführt werden und eine generelle Regelung durch das Reich hin erfahren.

Abg. Hermann (Ztr.) verlangt mehr Großzügigkeit in der Bemessung der Arbeitszeit. Man müsse auch bei der Arbeitszeit Rücksicht auf Konjunktur und Arbeiter nehmen lassen.

Abg. Sed (Ztr.) wirft dem Abg. Wenz vor, daß er die landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht richtig beurteilt habe. Im Schwarzwald und im Frankenland sei der Anstieg der Bevölkerung an den Berge nicht so, daß diese ländliche Bevölkerung ohne Beschwerden zum Marktleben gelangen könnte. Viehkauf sei es so, daß man nur am Sonntag in den Marktleben komme und da müßte man eben einlaufen. Für das Gewerbe des Frankenlandes sei noch die Konkurrenz von Württemberg und Bayern maßgebend, wo eine viel mildere Regelung der Sonntagserhebung einzufließen sei wie in Baden. Man dürfe die Konjunktur nicht außer Landes treiben.

Innenminister Bittermann freut sich des Lobes am Gewerbeaufsichtsamt. Die Zahl der Betriebskontrollen hätte zugenommen. Die Anknüpfung von Budgetmitteln sei geradezu minimal. Eine Befristung komme heute auf rund 25 M., wesentlich billiger als früher. Die Ausbildung der Betriebsräte sollte zentrale geschehen. (Beifall.) Die Ausbildung der Betriebsräte sollte zentrale geschehen; zentralisierte Kurse seien am vorzuziehenden. Bei größeren Vorgehen gegen die Verordnungen seien strenge Strafen anzusetzen. Die Kaufkraft der Kontrolle sei wesentlich von Einfluss auf die Vermeidung der Unfälle. Der Jahresbericht des Aufsichtsamtes verdiene besonderen Dank, nicht nur für die Statistik an sich, sondern auch für die gedankliche Auswertung und werde von allen Seiten anerkannt und gewürdigt. Der Wunsch nach einem einheitlichen Gesetzbuch für das Arbeitsrecht und Arbeiterschutz sei durchaus zu unterstützen. Der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge werde höchste Aufmerksamkeit gewidmet. Die Umstellung arbeitsloser Zigarrenarbeiter in Oestringen in Landwirte habe sich im großen ganzen bewährt; die dafür aufgewendeten Mittel seien nicht nutzlos verfallen. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt der Sonntagserhebung im Interesse der Arbeiter und Unternehmers, da beide geistige Erholung nötig hätten. Ferner müssten die Bedürfnisse der Bevölkerung Ausnahmen nötig. Die Regierung bestrebe diese Ausnahmen zu beschränken. Im Einzelnen bestünden wegen Württemberg und Bayern Vorgehen bedenkliche Schwierigkeiten, da z. B. gerade in bayerischen Grenzgebieten die Arbeit fast an allen Sonntagen offen seien. Das Ministerium habe angeordnet, daß bei Genehmigung von Ausnahmen die Gewerkschaften zu hören seien. Die Zahl der Schlichtungsausschüsse sei von 12 auf 4 zurückgeführt worden. Die Schlichtung habe für Betriebsratskurse eingelegten Betrages von 10 000 auf 18 000 M. wird mit allen gegen die Demokratischen, Wirtschaftspartei, Demokraten und Liberalen genehmigt. Es kamen sodann die Angestellteninterpellationen zur Behandlung.

Abg. Wenz (Soz.) begründet eine förmliche Anfrage wegen der Entlassung älterer Angestellten, insbesondere bei den Banken. Das bedeute eine schwere Bedrohung der Erziehung vieler tausender Familien. Es gehe nicht an, zu kündigen und dann die übrigen Angestelltenhaftung übergeben zu lassen. Es müßte eine neutrale Schlichtungsstelle zum Schutz der älteren Angestellten geschaffen werden.

Abg. Rüdert (Soz.) begründet eine förmliche Anfrage wegen des Personalabbaus im Bergbau, der durch die Verteilung der deutschen Bank und Diskontogeschäfte herbeigeführt worden sei. Die Leberstunden müßten unterbunden, der Personalabau eingeschränkt und die hoch zur Entlassung kommenden entschädigt werden.

Eine ähnliche Anfrage begründet Abg. Klausmann (Soz.). In seiner Antwort weist der Regierungsvizepräsident Oberregierungsrat Dr. Ermelle darauf hin, daß die badische Regierung alle Anstrengungen gemacht habe, um die Entlassungen hinauszuhalten. Die Regierung sei auch mit den Sozialisten in Verbindung getreten, daß vorwiegend entlassene Kantangestellte eingestellt werden sollten. Es würde ständig Fühlung mit den Kantangestellten aufrechterhalten. Von 1870 Angestellten bei den beiden Großbanken seien 143 gekündigt, die zum Teil wieder untergekommen seien. Es würden noch 146 in Kündigung, die jedoch wesentlich hinausgeschoben worden sei. Die Entlassungen seien unter sozialen Gesichtspunkten gesehen. Mit aller Strenge würde die Einhaltung der Arbeitszeit überwacht, doch standen vielfach Tarifbestimmungen entgegen. Die Regierung tue alles, in Verbindung mit den Kantangestellten, um die Entlassungen auf ein Minimum zurückzuführen. Es würde auch darauf gewirkt, daß Entlassungen unter sozialen Gesichtspunkten auszusprechen würden. Diesen Winter seien weitere Entlassungen kaum zu erwarten. Die große Zahl von 6000 stellunglosen Angestellten fordere, daß man alle

Maßnahmen ergreife, um dieser Not zu steuern. Man könne zur Regierung Vertrauen haben. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Ruffmann wird die Sitzung um 1 Uhr geschlossen. Fortsetzung Samstag 4 Uhr.

Nachmittagsitzung

Den Beginn der Nachmittagsitzung macht eine teilweise erregte Geschäftsordnungsdebatte, wegen eines zum zweiten Male eingebrachten kommunistischen Antrags. Die Abg. Reichler u. Böning beziehen Ordnungsruhe.

Der Landtag lehnt es ab, den Antrag, der sachlich behandelt und erledigt ist, nochmals dem Ausschuss zu überweisen. Der Abg. Schürer (Ztr.) begründet einen Antrag, der den Kommunisten für erledigt erklärt. Er stelle die Fortsetzung der Arbeit — den Liberalismus — einer Gegenwart gegenüber. Durch die Nationalisierung müsse man hindurch; doch sei ihr Ziel: „bessere Ware, kürzere Arbeitszeit, höhere Lohn“, noch fern. Es seien falsche Wege und Methoden eingeschlagen worden.

Durch die rigorosen Entlassungen sei manche Arbeiterzufahrt und manches Heim zerstört worden. Wirtschaftsbewegungen müßten daher planmäßiger unter Berücksichtigung des Menschlichen eingeleitet und durchgeführt werden. Zum deutschen Volk dürfe jeder reden, der ein Vorbild gebe in Sparsamkeit und Opferbereitschaft.

Abg. Volkhard (Dem.) mahnt das Parlament im Hinblick auf die Not der Arbeitslosen, namentlich der älteren Angestellten, von Worten zur Tat zu kommen.

Die Nationalisierung z. B. der Großbanken hätte sich in der Hinsicht nicht entsprechend ausgewirkt. Den Risikogehältern von Aufsichtsräten, die sich im Gegensatz zum Gesetzesum ausgedehnt hätten, müsse man einmal auf den Leib rücken; hierzu sei eine Reform des Aktienrechtes unabwendbar.

Staat und Gemeinden sollten, so wie es von Privaten verlangt wird, in Abwärtsschritten größere Härten vermeiden, Löhne und Kinderrechte haben.

Der Abg. Schmittner (Dem.) wirft dem Abg. Rüdert vor, durch eine sozialistische Agitationsrede die soziale Einheitsfront des Hauses zerstört zu haben. Der Nationalismus müsse die Verantwortung für die heutige Notlage ablehnen. (Widerpruch.)

Der Abg. Waldert (Ab. Sp.) gibt zu, daß es sich um eine der Parteipolitik zu entzückende Materie handle. Anhänger der Nationalisierung seien nicht alle eigenmächtig. Die großen Einkommen seien mehr aus psychologischen Gründen beanstandbar; ihre Umlegung würde das soziale Niveau der Masse nicht heben.

Bei der Banknationalisierung sei im Rahmen des Möglichen Härten zu vermeiden. Man bedauere die Konjunkturdepression. Abg. Rüdert (Soz.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten und andere Parteien und erklärt, seine Partei habe den Kampf gegen Schacht und Mittelerschwendung in Deutschland eröffnet. Die Banken könnten und müßten sozialisiert werden. Rüdert fragt, was die badische Regierung in Berlin erreicht. Das Geld zur dienenden Rolle zurückzuführen, sei nationalsozialistisches Programm.

Hierauf sprach der Kommunist Leichter, der sich über Verschleppung des kommunistischen „Kettungsantrages“ beschwert, der Sozialdemokratie Demagogie verweist und mit kommunistischer Rache droht, unter Hinweis auf Rußland.

Innenminister Bittermann legt die Maßnahmen dar, die zur Feststellung und Sicherung der Lage der Kantangestellten getroffen wurden. Wie in Württemberg, so werden auch in Baden die Regierungsbemühungen dankbar anerkannt. Bei Abbau regte die Regierung an, Bezirksräte und Kinderrechte zu schonen. Leider sei es nicht möglich, über den Rahmen der Tarifverträge hinaus Leberarbeit zu verhindern. An der Schlichtungsstelle wolle sich die Regierung nicht beteiligen. Die Regierung nehme regen Anteil an der Reform des Aktienrechtes. (Beifall.)

Der Abg. Wenz (Soz.) will ein Abweichen der Debatte vom Hauptziel feststellen. Man vermissen eine Stellungnahme zur Lage der älteren Angestellten. Die Schweiz schicke sich für deutsche Kräfte ab, während man sehr viele schweizerische Angestellte und

Arbeiter in Oberbaden beschäftigt sind. Wenz fragt die Regierung, was sie getan habe, um bei der J. J. B. in Basel auch deutsche Angestellte unterzubringen.

Abg. Rüdert (Soz.) erklärt, für seine Vermittlungsrede keinen Beifall von rechts erwartet zu haben. Eine getreue Schilderung der Soziallage könne man doch nicht als Agitation bezeichnen; auch die Tatsache der hohen Gehälter stehe fest und müsse offen gesagt werden. Seinen Kritikern könne er vorhalten, daß er nicht persönlich geworden sei, wie die Abg. Waldert und Schmittner. Rüdert vertritt einen genügenden Schutz für die älteren Angestellten. Der Arbeitslose wolle Arbeit und nicht Unterstützung allein.

Nach einem Schlusswort des Kommunisten Leichter, der den Siebenlundenantrag verlangt und gegen Sozialdemokratie und heutigen Staat polemisiert, kommt man zur Abstimmung. Der Koalitionsantrag, der Billigung der Regierungserklärung, Schutz der älteren Angestellten und Übergang über den kommunist. Antrag zur Tagesordnung fordert, wird gegen die Kommunisten bei Stimmeneinstellung der Nationalsozialisten angenommen.

Der Vizepräsident gibt nach einem Zentrumsantrag zur Notlage der Landwirtschaft bekannt.

Schluss der Sitzung 6.10 Uhr.

Nächste Woche keine Plenarsitzung.

Antrag

Notlage der Landwirtschaft

Die badische Staatsregierung wird ersucht:

1. bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß beim Abschluss von Handelsverträgen den Lebensinteressen der heimischen Landwirtschaft Rechnung getragen wird;

2. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß auf dem Wege der Verhandlung mit den beteiligten Ländern eine Abänderung der Zollsätze für Getreide, Obst und für die wichtigsten Gemüsesorten, deren heimische Produktion von den überhandnehmenden Auslandszufuhren am meisten bedroht ist (Tomaten, Kumin, Mören, grüne Bohnen, grüne Erbsen, Gurken) erreicht wird;

3. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die in den vergangenen Jahren mit Reichsdarlehen durchgeführte Förderung des Treib- und Fruchtgemüses in verfallenen Maße fortgesetzt wird;

4. darüber zu wachen, daß im Lichte der eingeleiteten Impfung und planmäßige Schädlingsbekämpfung weiterhin durchgeführt wird;

5. im Hinblick darauf, daß der Verbrauch von Inlandsbergweinen in der Hauptsache von der Haltung der Käufer und des Handels abhängt, im Benehmen und in Verbindung mit den wirtschaftlichen Organisationen aller Art, sowie mit den Volks-, Mittel- und Hochschulen, den Anstalten und Internaten und allen sonst in Betracht kommenden Verbänden und Stellen systematisch in allen Volksschichten das Verständnis für die Notwendigkeit und Bedeutung der Bevorzugung deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie auch deren gemeinsame Verwertung zu wecken und zu fördern.

Karlstraße, den 21. Februar 1930.

Duffner Schill Geurich

und Fraktion.

Weiterbericht

Karlstraße, 21. Febr. Ein Schuß maritimer Luft ist um das Rheinische Hoch herum mit der allgemeinen Ostwindung nach Deutschland gekommen und hat im Norden Bewölkung und streichende Regen gebracht. Wir erhielten nur vorübergehende leichte Bewölkung. Die unveränderte Druckverteilung sichert für morgen Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wetterausichten für Samstag: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Rheinstädte des Rheins: Waldshut 167, um.; Basel 88, um.; Schaffhausen 23, gef. 3; Rehl 149, um.; Rorschach 828, gef. 4, Rorschach 193, gef. 1; Rorschach 110, gef. 4.

Stimmungsbild

W. B. Wohl selten hat eine staatliche Einrichtung der Nachkriegszeit, die sich mit den schweren Wirtschaftsproblemen der Gegenwart in der Praxis zu beschäftigen hat, uneingeschränkte Anerkennung gefunden, als das bad. Gewerbeaufsichtsamt und seine Geschäftsführung. Satten schon gestern die Zentrumsabgeordneten Sarromann und Geurich vom Standpunkt der Arbeiterkraft Lob und Anerkennung, nicht weniger aber auch praktische Anregungen ausgesprochen, so wurde die Reihe der nachträglich gratulierenden — das Amt hatte vor kurzem sein 30jähriges Bestehen gefeiert — aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitgebervertreter fortgesetzt. Der demokratische Abgeordnete Fischer, der in dieser Materie anscheinend besser zu Hause ist wie ein anderer und einen geschickten Einblick des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Kleinbetrieb zeichnete, schloß sich daher dem Dank des Hauses an, wie der Abgeordnete Habermehl von der deutsch. Volkspartei. Das wird aber die Demokraten mit ihrer bekannten Einstellung nicht abhalten, den Etat abzulehnen. Und so was nennt sich dann noch sachliche Opposition. Der Geschäftsbericht des Amtes bietet in seiner mustergetreuen Statistik und ihrer Auswertung aber auch geradezu eine Fundgrube sozialistischer Wissen um die Struktur des badischen Wirtschafts- und Arbeitslebens. Wenn nun der Abg. Marzloff von der Sozialdemokratie eine bescheidene Kritik an der Behauptung des Geschäftsberichtes üben zu müssen glaubte, weil dort festgestellt wurde, daß in Baden durch den Bau und fortob den Eigenheimen durch die Arbeiterkraft eine fortschreitende Entproletarisierung eingetreten sei, so scheint eben doch eine stark veraltete vom Klassenkampfstandpunkt mehr als bisher beeinflusste Auffassung über den Begriff des Proletariats bei den alten sozialistischen Führern vorherrschend zu sein. Die Behauptung, als ob Proletariat sei, wer nicht im Besitze von Produktionsmitteln sich befindet, stieß auf den geschlossenen Widerspruch der christlichen Gewerkschaftler des Landes. Das ist eben Inhalt und Zweck lebendiger christlicher Sozialpolitik, wie sie die Zentrumspartei von jeher betreibt und wie es auch in der Richtung der Gewerkschaftspolitik christlicher Prägung liegt, durch Schaffung von Eigentum und Bodenständigkeit, durch Wegung ethischer berufsbündlicher Arbeitsauffassung die gesellschaftszerstörernde Ideologie proletarischer Klassenkampfhaltung abzujagen und geistig umzuwandeln. Das entspricht durchaus dem Wesen des Menschen ebensoviel wie den Anforderungen

an der Kulturentwicklung. Daß auch, wenn auch nur in bescheidenem, durch die Finanznot des Staates beschränkter Weise praktische Politik in dieser Richtung geleistet würde, wies der Zentrumsabgeordnete Seitzmann in einem Beispiel der Umstellung arbeitsloser Zigarrenarbeiter zu Kleinlandwirten in seiner Gemeinde nach. Bedauerlich ist nur, daß für diesen sozial so bedeutsamen Zweig der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge so verhältnismäßig bescheidene Mittel zur Verfügung stehen. Einen bedeutsamen Raum nahm dann die Fürsorge für die durch die jegliche Entwicklung der Wirtschaft stark gefährdete Angestelltenchaft ein. Zunächst stellte der liberale Angestelltenführer Wenz Forderungen wegen der Sonntagserhebung auf. Der Innenminister sowohl wie der Zentrumsabgeordnete Sed vertraten einen durchaus sowohl von der Angestelltenchaft wie von den Gewerbetreibenden zu billigenden Standpunkt. Wenn neben den sicherzustellenden Forderungen der Angestelltenchaft auch die besonderen Bedürfnisse des flachen Landes Berücksichtigung verdienen, so liegt das durchaus in der Linie des goldenen Mittelweges, den die Regierung bisher beschritten und auch in Zukunft fortsetzen wird. Eine weit größere soziale Gefahr droht der Angestelltenchaft, insbesondere den älteren durch die Nationalisierung und die dadurch bedingte, rein auf ökonomisch gerichtete Einstellung der großen Konzerne, hauptsächlich der Bankwelt. Einige förmliche Anfragen haben der Regierung Gelegenheit, alle Maßnahmen aufzuzeigen, die zum Schutze gerade der älteren Angestellten der Bankwelt ergriffen worden waren. Scharfe Durchführung der Arbeitszeitkontrolle, Verhandlungen mit den Großbanken selbst, Einstellung von Angestellten bei Sparkassen, aber allerdings nur bescheidene Palliativmittel bei rd. 7000 arbeitslosen Angestellten. Daß weder die Liberalen, die schärfsten Bekämpfer jeder Sozialpolitik, noch die Kommunisten, die jeden Kleinig für Tarifwesen und Sozialversicherung ablehnen, die heranziehenden Streiter im Kampf für die Angestellteninteressen sein können, muß einem Ignoranten klar sein. Das tiefe Uebel liegt darin, daß unsere deutsche Wirtschaft zur Zeit nicht in der Lage ist, in vollem Umfang ihre soziale Funktionen zu erfüllen. Sie in diese Lage zu versetzen, muß größte Aufgabe des Staates und aller Wirtschaftsträger sein. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der Redner des Zentrums, der Abg. Geurich, der dem Uebel der Zeit vom Geistes her an die Wurzel ging und von da her die Anregung zur Besserung gab.



Von meiner Weltmissionsreise

1. Aus dem vorderen Orient

Vort. Saib, 12. Februar 1930.

Zum zweiten Male trete ich eine fernöstliche Missionsstudienfahrt an, nachdem ich bereits am Vorabend des Weltkriegs 1918/14 eine solche in gleicher Richtung unternommen...

Was mich dazu nicht nur beehrtigt, sondern auch verpflichtet, ist unser heimlicher Ausgangspunkt: einerseits der missionswissenschaftliche in den vor zwei Jahrzehnten von Münster aus ins Leben gerufenen Unternehmungen...

Von den vielen Reisevorbereitungen auf die ich für dieses Mal nicht näher eingehen will, dürfte besonders interessieren mit welchen Mitteln und welchem Aufwand ich bezüglich meiner Reiseberichte verfahren habe...

Nachdem ich das Wintersemester einen Monat früher abgebrochen, um noch einige Tage mit meinen Angehörigen in Mariafeld an der schweizerischen Grenze zu verbringen...

Unsere erste Haltestelle Vort. Saib liegt an der Nollersbrücke und Erdbeilhammer des berühmten Suezkanals...

Zur Geschichte von Neufabrik

Von A. Bette

Möster sind eine Klage Gottes gegen jene Welt, die nur Sinn hat für das, was man zählen, essen und trinken kann...

Neufabrik gab es für die Erzdiözese Freiburg das erste Exerzitenhaus. Vielleicht, daß Eder selig seiner Stiftung im Himmel drüber diese Ehre und Gnade erheben...

Am 1. Kurs wurde abgehalten vom 2.-7. Oktober 1892. Klosterpfarrer Thomas Körber, der spätere Erzbischof war sein Leiter und Meister...

Auf den Dienstag in der Woche fanden sich über verschiedene Wege etwa 70 Akademiker ein. Dr. Schöfer kam mit und beim Abendessen gab er die Worte: Erst gerade aus!

Ich bin vom Mundstumpfen mit Bindeseile vorwärtsgeht, auf der andern Seite Einfluß und Zuanerung des durch den Krieg verdrängten...

Dieses Ebelreis im Herrgottsgarten zu Neufabrik hat seither Jahr für Jahr einen Ring angelegt und sich zum stattlichen Baume ausgewachsen...

Im Jahre 1907 folgten die ersten Männer- und Burden-Exerziten. Von da ab sind jedes Frühjahr und jeden Herbst etwa zehn Kurse...

Über 80 000 sind bisher hinaufgepilgert in diese Einsamkeit, wo es so himmlisch still ist um einen Herz. Eine Kerze nur singt ihr schwermütlich Palmenlied...

Auch anderwärts hat man mit Exerziten begonnen. Überall öffnen sie Quellen des Lebens. Alle aber, die je da drüber ihre Seelenkraft hielten...

In der beginnenden Vorfröhen- und Fastenzeit finden in Neufabrik folgende Exerzitenkurse statt:

- Männer: 8. bis 12. März. III. Ordensmitglieder (männl.): 1 bis 5. März. Studenten der Hochschule: 15. bis 19. April...

Das wesentliche Fundament der katholischen Weltmission ist und bleibt, daher auch den Beruf und die Pflicht in sich fassen muß, vermittelst ihrer heimatischen Missionsorganisationen...

Prof. Dr. Schmidlin aus Münster i. W.

Das Speyerer Domfest

Die kirchliche Musik hat im Speyerer Dom von jeher eine vorzügliche Pflege erfahren. Alljährlich fanden durch den Domchor (Domkapellmeister Dreißiger, Domorganist Jaco b) bedeutungsvolle Aufführungen kirchenmusikalischer Werke statt...

Neben Darbietungen des Domchores gehen solche geistlicher und weltlicher Art. Viele Chörevereine der Pfarz werden am 25. Mai in Speyer zusammenkommen und die Messe 'Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre'...

Als weitere bedeutame Veranstaltung des Festjahres steht außerdem ein Konzert des Münchener Domchores unter Maestro Verberichs Leitung im Speyerer Dom bevor.

Badische Chronik

Vermischte Nachrichten

Gochheim, Amt Bruchsal, 21. Febr. Die Wöschung hinuntergefuhr. Vorgelesen wurde der junge Landwirt Gantler beim Aufbruch im Steinbruch den Wagen richtigstellen. Dieser kam ins Rollen und stürzte samt dem Pferd die 3 Meter hohe Wöschung hinunter. Das wertvolle Tier mußte getötet werden.

Wiesloch, 21. Febr. Eine Bürgermeisterversammlung. Die Bürgermeister des Bezirks Wiesloch hielten auf Einladung von Landrat Roumann eine Versammlung ab, in welcher die Gemeindevertreter sich zunächst mit dem Entwurf zu dem neuen Straßengesetz befaßten. Es wurde der Entwurf des Bad. Gemeindeverbandes angenommen, wonach die Heranziehung der Gemeinden nicht nach der Straßlänge, sondern nach der Einwohnerzahl und dem Steuerkapital der Gemeinden erfolgen soll. Es wurden sodann die Rechnungen des Bezirksüberlufungsamtes Wiesloch für die letzten Jahre verlesen. Ein weiterer Gegenstand der Besprechung bildete die Kapitalaufnahme der Gemeinden. Die Bürgermeister berichteten sodann über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirksgemeinden. Für die Ausführung von Reparaturen an den Wasserleitungen wurde die Bildung von Fonds empfohlen.

Elberheim, Amt Eintrich, 21. Febr. Ein Veteran der Landwirtschaft. Auf eine 75jährige Tätigkeit im Dienste der Landwirtschaft bei der Rudersdorf Waggonfabrik kann der 65-jährige Herr Carl Schickelheim stolz zurückblicken. Während dieser Zeit hat er sich das besondere Vertrauen seiner Vorgesetzten erworben. Er ist bereits 60 Jahre alt geworden, entstammt einer alten Bauernfamilie.

Brühl bei Schweigen, 21. Febr. Tödlicher Unfall. Der 78 Jahre alte Fußmann Franz Dipp stürzte dieser Tage von seinem Wagen und verletzte sich so schwer, daß er an den Folgen im Heilbergrer Krankenhaus starb. Der Verunglückte war 44 Jahre lang im Dienste der Familie Michael Schäfer.

Heilbronn, 21. Febr. Einpruch des Alta gegen Beschlüsse von Senat und Rektorat. In der letzten Versammlung wurden zwei Anträge von der sozialistischen Studentengruppe eingebracht, die sich gegen Verfügungen des Rektorats wandten. In der einen Verfügung ordnet das Rektorat an, daß Redner der Studentenvereine und Gruppen zu ihrem Auftreten des Rektorats bedürfen. In der zweiten Verfügung ordnet das Rektorat an, daß Anträge an den Schöffenrat der Studentenvereine der Genehmigung des Rektorats bedürfen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

„Schlappenpeter“ auf der Anfliegebank

Mannheim, 21. Febr. Der 57 Jahre alte Viehhändler Peter Krennmann von Frankenthal, bekannt unter dem Namen „Schlappenpeter“, hat sich durch seine Lebensphilosophie eine ganz schöne Zeit Verfassung in Staatsdiensten verschafft wie 17 Korrekturen beweisen. Einmal Tages begibt er sich mit wohlgefüllter Reisetasche — 215 RM — auf die Reise. Schlappenpeter hatte nämlich „Arztbescheinigung“ das Geld, das er für einen anderen Viehhändler bei Weßger einbezogen, für das seine gehalten. Deswegen sah er begünstigt genaug auf der Anfliegebank: „Ich hatte einen Disput mit meinem Arbeitgeber. Und da ich das Geld gerade in der Tasche hatte, nahm ich es mit.“ Der Staatsanwalt meinte, bei Peter müßten mehrere Seiten aufgezogen werden. Damit ihm das Leben vergehe; ein Fährdenn wäre angemessen. Der Einzelrichter sprach sich Monate Befristung aus. Mit einem freundlichen Sa. erklärte Krennmann die Annahme des Urteils.

Oberstrotz (Gernsbach), 21. Febr. Für einen Rathausneubau. In der letzten Gemeindeversammlung wurde beschlossen, daß der Firma Wieland u. Weber gehörige Hotel zur „Wanne“ zum Preise von 50 000 RM zu erwerben. Die „Wanne“ ist der älteste Wirtschaftsbau des Dorfes, der seit hundert Jahren anhängig. Die Gemeinde wird den Neuerwerb für einen Rathausneubau verwenden.

Mannheim, 21. Febr. (Zwei Kinder berunglückt.) Mittwochs nachmittags wurde in der Gasterfeldstraße ein fünf Jahre altes Mädchen von einem Motorradfahrer überfahren; es erlitt erhebliche Hautabwühlungen im Gesicht und am Körper. Auf der Dorfstraße in Sandhofen kam ein sieben Jahre altes Mädchen, das auf die Achse eines in Fahrt befindlichen, an ein Fußwech angehängten Wagens, geflettet war zu Fall und wurde überfahren. Das Kind trug Quetschungen am rechten Oberarm und an der linken Hand davon.

Bühlertal, 21. Febr. (Rabiate Burche.) Am Montag abend schlagen rabiate Burche die Tür zum Gemeindefest für-jorgebüro ein. Als der Beamte sie hinaus wies, fielen sie über ihn her, warfen ihn zu Boden und bedrohten ihn mit einem Dolche. Der Polizeibeamte bestreite den Beamten von den Rabies. Die Gendarmerie verhaftete den Rabiesführer.

Freiburg i. Br., 21. Febr. Die Filzüge der Südbahn (S. B. h. n.) Aus österrischen Zeitungen erfährt man, daß in den Filzügen 884/885 Freiburg—Donauwörth—Ulm Freiburg ab vor-mittags und Ulm ab am frühen Nachmittags die Kurzwagen Freiburg—Ulm wieder auf ihre alte eigentliche selbstverständliche Lauf-strecke Freiburg—München ausgebeht werden. Die saisonmäßig wieder vom 1. Juli bis 11. September eingeführten beiden anderen Filzüge der Südbahn 886/887 Freiburg—Ulm—Freiburg sollen eine Verkehrszeit von wesentlich größerer Ausdehnung erhalten und im ganzen Sommerfahrplan vom 15. Mai bis Anfang Oktober gefahren werden. Die Filzüge werden in Freiburg in den frühen Nachmittagsstunden und in Ulm kurz vor Mittag abfahren.

Büchsen, Amt Schopfheim, 21. Febr. (Die radioaktive Thermoquelle.) Das Ergebnis der Untersuchung des Wassers der Büchsen Thermoquelle zeltigte ein außerordentlich günstiges Ergebnis. Bakteriologisch erwies sich das Wasser als keimfrei. Das Wasser hat eine Temperatur von etwa 20 Grad, ist farb- und geruchlos. Der Emanationsgehalt des Wassers beträgt nach der ganz genau ausgeführten Feststellung 0,0000147 Milligramm Radium-Äquivalent pro Liter Quellwasser. Das Wasser ähnelt in hohem Maße demjenigen des bekannten Kurortes Wildbad im württembergischen Schwarzwald, besitzt aber eine höhere Radioaktivität.

Heilbronn, 21. Febr. (Ward bis jetzt nicht erwiesen.) Zu der Meldung, daß dem wegen Mordes der 10jährigen Sophie Friedrichs verhafteten Ernst Schiele ein Giftmordverdacht nach-gewiesen sei, erfährt der D. D. Dienst von zuständiger Stelle, daß davon noch nicht die Rede sein kann. Die Ampulle mit Flüssigkeit, die Schiele einem Koffer entgegen hat, wurde nicht in seinen Kleidern gefunden, sondern lag neben der Pamp, bei der Schiele vor der Todesnacht eine Zusammenkunft mit dem Mädchen hatte. Die Ampulle wurde vor dem Auffinden dadurch beschädigt, daß darauf getreten wurde. Die Zusammenkunft hat Schiele erst be-zeigelt, unter der Beweislast jetzt aber zweifeln müssen, auch daß er dabei von Abtreibung gesprochen habe, für die er von einem Anbeteranten ein Mittel erhalten habe. In diesem Abend mußte sich das Mädchen sehr heftig erbrechen. Ueber die Todesnacht herrscht noch völlige Unklarheit. Schiele befindet sich mit dem Mädchen zusammengekommen zu sein. 1 1/2 Stunden des Aufenthalts kann er durch Zeugen allerdings nicht nachweisen.

Mühlheim, Amt Heilbronn, 21. Febr. (Keramik.) Seit Dienstag abend wird der Kriegsmarine Ernst Kling vermisst. Er war in Heilbronn gewesen, um Kunststoffe zu besuchen und wurde am Dienstag abend gegen 5 Uhr in Stein bei Heilbronn auf-leicht gefunden. Da Kling nebenbei mit ihm ist, ist möglich, daß er sich verirrt hat oder einem Unfallsfall zum Opfer gefallen ist.

Konstanz, 21. Febr. (Gefährter Erpresser.) Hier wurde der 22 Jahre alte Maler Johann Martin Schallstube aus dem Ob- und unteren wegen Erpressungsversuch festgenommen. Er hatte unter Androhung einer Strafanzahlung von einem vermöglichen Arbeiter 70 RM erpressen wollen, die er in einem Briefbrief postlagernd Konstanz zu senden verlangte. Als er den Brief ab-geliefert wollte, nahm ihn die Kriminalpolizei in Empfang.

Um die Zukunft der Stuppacher Madonna. In Stuppach fand am Sonntag, den 9. Februar, eine stark besuchte Bürgerver-sammlung statt, welche über Grünwalds Madonna beraten und be-schließen sollte. Der Ortsgeistliche, Pfarrer Rieß, gab einen Bericht über den derzeitigen Zustand des Bildes, erörterte die Schwierig-keiten der Wiederherstellung und die damit verbundene Ver-zögerung der Rückkehr des Bildes. Nach kurzer Debatte wurde mit überwiegender Mehrheit der Bau einer Grünwaldkapelle be-schlossen, wo das Bild künftig untergebracht werden soll.

Siebenbücker in der Kabelleitung. Beim Aufgraben der alten Kabelleitung bei Mühlheim wurden, wie die Rundschau von der Alb hört, fünf Siebenbücker zu Tage gefördert. Es ist dies immerhin ein nicht alltäglicher Fund, weil der Siebenbücker häufig nur in Osterrich, Steiermark, Kärnten, Mähren, Krain, Böhmen, Schlesien und Bayern vorkommt, in Kroatien, Ungarn und Südrussland dagegen in Buchen- und Eichenwäldern in Massen lebt. Er ist etwa 16 Zentimeter lang, mit 18 Zentimeter langem Schwanz, gedrungenem Leib, schmalen Kopf mit spitzer Schnauze und ziemlich großen Augen, um die sich ein dunkel-brauer Ring zeigt.

Explosion in einer Sprengstofffabrik

Fürth, 20. Febr. Im Zweigwerk Stadeln der Rheinisch-West-fälischen Sprengstoffabrik wurden heute nachmittags durch eine Pulverexplosion neun Arbeiterinnen verletzt, drei erlitten Augen-verletzungen, die übrigen Brandwunden im Gesicht, Händen und Armen. Sämtliche Verletzte wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht in keinem Falle. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Wieder ein schwerer Einbruch in Frankfurt a. M. In der Nacht zum 19. d. M. wurde in ein Geschäft in der Schurgasse einge-brochen. Entwendet wurde dabei eine große Menge Anzugstoffe der verschiedensten Arten im Werte von mehreren tausend Mark.

Alta, 21. Febr. (Von der Universität.) Das Sommer-sommer 1930 beginnt am 10. April. Vorlesungsbeginn: Donners-tag, den 24. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Univer-sitäts-Sekretariat gegen Einzahlung von 50 Pfg. und 15 Pfg. Porto bezogen werden.

Dreier Löbungsbrauch. Auf Schacht III/7 der Vereinigten Glaswerke in Hamborn-Bruchhausen erschien Freitag früh in dem zu ebener Erde gelegenen Lohndirekt, in dem sich 5 Beamte be-fanden, plötzlich ein Mann, der durch das offene Fenster einge-brungen war und die Beamten mit dem Revolver bedrohte, wobei er „Hände hoch! Geld raus!“ rief. Ein zweiter Räuber, der nach-gelockert war, raffte die auf dem Tisch liegenden Lohngelder in Höhe von 27 000 RM. zusammen und verschwand mit seinem Helfershelfer. Die polizeilichen Ermittlungen haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt.

Vorbereitungen für das deutsche Zukunfts. Die von der Turn-er-schaft verlangte Zeichensumme zum Garantiefonds für das 18. deutsche Turnfest in der verlangten Höhe von 200 000 Mark ist aufgebracht worden.

Museumsdiebstahl. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde Anfangs Februar aus dem Mühlhäuser Kunstmuseum ein wertvoller Gemälde im Werte von 25 000 Franken gestohlen. Das Gemälde wurde aus dem Rahmen herausgeschnitten. Es ist etwa 80 Zentimeter lang und 35 Zentimeter hoch. Es war auf Holz gemalt und stellt un-gewöhnliches Landschaftsbild dar: Rechts ein Waldbrand, im Vordergrund sieben gradlinig angeordnete, ganz rechts ein verkrüppelter Baum. Im Hintergrund verliert sich der Wald im Waldesdickicht, das erhellt wird durch zwei starke Lichtungen. Links streift der Wind über freies Feld, bis er in der Ferne an der Silhouette eines Kirchturms haften bleibt. Das ganze Bild vibriert in einer bläu-lichen, matt in rosa abgestuften Tönung.

Gegen Röte der Hände

und des Gesichts, Aufspringen der Haut, unschöne Hautfarbe und Teint-fehler verwendet man am besten die schneeweiße, fettfreie, glyzerinhaltige **Crema Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame so sehr erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unsichtbare matte Creme wundervoll kühlend wirkt bei Juckreiz der Haut und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft gleicht einem taurisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vor-nehme Welt verabscheut. — Crema Leodor: Tube 60 Pf., große Tube 1 Mk. — Leodor-Edel-Seife Stück 50 Pf. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Membrandt und das Problem der Spätkunft

Professor G. Brindmann in der Vortragsgemeinschaft.

Man mag sich unter diesem Titel etwas anderes vorgestellt haben, als der Redner, der Professor der Kunstgeschichte an der Universität Köln ist, daraus machte. Das Problem der Spätkunft: Selbstauslösung der Malerei, die unter allen Künsten die sinnlichste ist; Schildermachung des reinen absoluten Geistes, darum Dämpfung der Farben und Konturen, denn dieses sinnliche steht dem Geist entgegen. In der Malerei nennt man dieses Problem das von Hell und Dunkel, und die erschütternde Lösung hat dieses Problem bei Membrandt gefunden. Aber davon und auch von Membrandt war wenig zu hören. Dem Redner ging es um etwas anderes. Er stellte den verschobenen Verstand nach Erlösung der Individuen in Typen seine eigene Theorie gegenüber und suchte sie am vorgeführten Bildmaterial (Tizian, Remont, Greco, Verro, Membrandt) zu verifizieren.

Ausgangspunkt zu seiner Diskussion über die Typen war für Brindmann die Typologie Sprangers. Er zeigte deren Mängel auf und wies auf eine andere hin, die der Berliner Romanist Wechsler aufgestellt hat. Man könnte nicht sagen, daß sich diese im Grund-gehalt sehr von der Sprangers unterscheiden; beide sind darauf hin-gerichtet, wie sich die Menschen an allgemeinen Verstand orientieren. So spricht der eine von einem religiös-organischen Typ und der andere von einem biosomatischen usw. Wenn nun da etwa der Vertreter verlangen wollte, daß solche Typen für alle Men-schen passen sollen, so würde er sich täuschen. Denn solche Typifi-erungen sind nicht bezogen auf die Menschen sondern darauf, wie sich die Menschen zu den Verstandlichen hin zuordnen — und da kommt es denn darauf an, wie viele und welche Wertigkeiten erkannt und typisch erfasst werden. Es ist schade, daß es noch keine um-fassende wissenschaftliche Untersuchung über das Problem der Typen gibt; sie wäre nötig, denn auch ein solcher Vortrag wie der von Brindmann hat gezeigt, daß es so noch Unklarheiten gibt, Reu-olationen, das Grundbündel jeder Wissenschaft, und Lebensbedeu-tungen der Gesichtspunkte. Wissenschaft aber ist die Kunde von Apfeln, und wenn diese durcheinander kommen, darf man sich nicht verwundern, wenn das bei den Wissenschaften auch der Fall ist. So stellte Brindmann den Sprangerischen und Wechslerischen Typologien die „Grundbegriffe“ von Wölfflin gegenüber. Das kann man aber nicht tun, denn bei Typen handelt es sich um die Schöpfung von idealen Gegenständen, bei den Wölfflinschen Grund-begriffen aber um — Kategorien. Und das ist von ersterem etwas sehr verschiedenes. Kategorien sind Denkformen, Art und Weise, wie der menschliche Verstand zu Erkenntnissen kommt, z. B. mittels des Raum- und Zeitbegriffs. Die klassische Untersuchung dieses Phänomens menschlichen Bewusstseins stammt von Kant. Die eigene Theorie aber, welche Brindmann gibt die von den Lebens-altern und ihrem Einfluß auf die Kunst, ist biologisch, nicht oxio-

matologisch wie die von Spranger und Wechsler, orientiert. Das sind Unterlegende und zwar der Apfelle; Unterlegende, über die hinweg eine Diskussion über die Berechtigung dieser oder jener Methode nicht angängig ist, sondern nur die Frage nach der intellektuellen Fruchtbarkeit. Für die Wissenschaft ist nämlich jede Methode heuristische Charakter, Prinzip der Fortschritt, und entscheidend über Wert und Unwert ist nur die Frage nach der weitergehenden und widerprüchsfreien Aufhellung.

Das etwa wäre gegen die Brindmannschen Argumentationen an Grundbegriffen zu erwidern. So auch muß seine Theorie der Lebensalter eingestuft werden, wobei nicht verschwiegen werden soll und auch nicht verschwiegen wurde daß sie vorwissenschaftlich, populärem Anschauungsgehalt entnommen ist. Die Ein-teilung des Lebens in Jugend, Reife und Greisenalter ist gang und gäbe. Es soll nicht übersehen werden, daß die Bildnisse Brind-manns, die unter diesem Gesichtspunkt ausgemählt worden waren, wertvolle Einblicke geben. Bekannt ist ja auch der Redner ge-worden durch seine Schrift „Epämerzte Klassiker Meister“. Aber so wie die Theorie von Brindmann jetzt noch aussieht, hängt sie zu sehr in der Luft. Eine solche bio-ogische Typisierung hat näm-lich zur Voraussetzung eine reifendurche Antropologie und an der fehlt es uns noch. In dieser Richtung liegt wissenschaftliches Neu-land; dieses zu entdecken wäre Herr Professor Brindmann, der sich seines Freundes Max Scheler rühmt, von Herzen zu wün-schen.

Das Rindvieh Eine Gerichtsverhandlung.

Von Fritz Scholl, Lauden.

Richter: „Sie sind der Viehmaner Blasius, Bauer in Grabling?“
Viehmaner: „Ja, Herr Richter.“
Richter: „Sie erheben gegen den Viehmaner Blasius einen Straf-beschl über zwanzig Mark zugeseht und haben dagegen Einspruch erhoben. Warum?“
Viehmaner: „Weil's a Schundel is.“
Richter: „Das sind keine Ausdrücke — wir sind hier nicht im Saufsal, merken Sie sich das!“
Viehmaner: „Ja, Herr Richter.“
Richter: „Also, was haben Sie gegen den Strafbeschl einzu-wenden? Sie leugnen doch nicht, daß Sie den Schandarmen ein Rindvieh genannt haben?“
Viehmaner: „Kann log il.“
Richter: „Und was wollen Sie da noch?“
Viehmaner: „Weil' auch möcht il.“
Richter: „Wenn Sie sich nicht anständig ausdrücken, nehme ich Sie sofort in eine Lebnungszitate.“
Viehmaner: „Auf des geht's mir a nimmer Stamm meil i foa Bretter net bin, foa armer — i hab meine sechs Köp im Stall, verstanden!“
Richter: „Nun ich kann Sie auch einsperren lassen, und das geschieht nicht, wenn Sie noch einmal so daherkommen. Aber jetzt

sagen Sie endlich, was Sie gegen den Strafbeschl vorzubringen haben, sonst wird Ihr Einspruch kurzer Hand verworfen.“
Viehmaner: „I lag auf a falsche Anschuldigung!“
Richter: „Sie sind hier nicht als Kläger, sondern als Beklag-ter — zum letzten Male: Was haben Sie gegen den Strafbeschl einzuwenden, aber —“
Viehmaner: „Wo ja, daß halt a falsche Anschuldigung is.“
Richter: „Donnermetz, w a r u m denn?“
Viehmaner: „In dem daß des a Zug is, daß des a Beamten-beleidigung is.“
Richter: „So kommen wir an kein Ende. Zeuge Haberl, er-zählen Sie, wie die Sache war.“
Haberl: „Auf einem Rindviehgang fand ich im Armen des Viehmaner Blasius eine Reihung, wo in einem so perfekten Zustande befindlich war, daß eine Lebensgefahr des Ertrinkens vor-liegt —“
Viehmaner: „Do is no Log Eau dru verjuffat!“
Richter: „Sie sind nicht gefragt — wollen Sie wohl ruhig sein!“
Viehmaner: „Jamoi!“
Richter: „Zeuge Haberl, berichten Sie weiter.“
Haberl: „Ich machte dem Viehmaner darauf amliche Mitteilung von der Verhütung und veranlaßte ihn, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um weiteren Zuständen vorzubeugen, was aber nicht geschah, obwohl ich meine Pflichten wiederholte, nach stliche Log.“
Viehmaner: „Der zent mir d' Hausfür no mit'n Hirn ein!“
Richter: „Viehmaner: wenn Sie noch einmal dazwischen reden, lasse ich Sie aus dem Gerichtssaal führen!“
Viehmaner: „Jamoi!“
Richter: „Haberl.“
Haberl: „Darauf erkrankte ich Anzehe bei der zuständigen Ge-richte und erhielt den Befehl, die Verhütung innerhalb einer Woche in einen gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen, welchen ich dem Viehmaner zur Unterschrift vorlegte. Viehmaner sagte aus, daß uns das einen Dred angehe und stellte mich bei der Tür hin-aus, worauf ich wieder hineinging. Dann versprach der Viehmaner mir drei Quarts Bier zu zahlen, wenn ich meinen Bericht anderst machen täte, was ich als erhebliche Beamtenbeleidigung ablehnte. Darauf sagte der Viehmaner: „Haberl, du bist a Rindvieh!“, wes-wegen ich hier bin.“
Richter: „Viehmaner, stimmt das, was der Zeuge sagt?“
Viehmaner: „Jamoi!“
Richter: „Ja, was wollen Sie denn eigentlich noch — der Schand-arm hat doch Ihnen gegenüber nur seine Pflicht getan und Sie treten ihm dazwischen entgegen — 1 Warum haben Sie ihn denn gleich ein Rindvieh genannt?“
Viehmaner: „Weil' er oans is!“
Der Einspruch des Viehmaner Blasius, Bauer und Lebnung von Grabling, gegen den Strafbeschl von 20 — Mark wegen Beamten-beleidigung wurde kostenfällig verworfen.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Wirtschaftliche Wochenrundschau

Börse. Die Geschäftslosigkeit der Börse hielt auch in dieser Woche an. Solange der Reichstag die Younggesetze nicht angenommen hat und solange auch das Schicksal der Etatberatungen noch im Ungewissen ist, hält sich das inländische Publikum völlig zurück.

Geldmarkt. Am Geldmarkt machte die Verflüssigung für kurzfristiges Geld neue Fortschritte. Die Leichtigkeit gibt die Hoffnung, daß die Reichsbank an eine neue Diskontsenkung werde denken können.

Produktenmarkt. Die Stimmung an den Produktenmärkten ist zwar weiterhin sehr ruhig, eine Minderung ist aber insofern eingetreten, als in den Preisen eine scheinbare Stabilität zu verzeichnen ist, die man seit langem vermüde.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche von 150,1 um 0,2 Proz. auf 129,8 gesunken. Infolge der großen Arbeitslosigkeit ist die Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung stark gesunken, was besonders der Einzelhandel zu spüren bekommen hat und noch weiter verspüren wird.

Viehmarkt. An den Schlachtviehmärkten blieb das Geschäft für Großvieh sehr ruhig; die Preise waren aber gut gehalten. Lebhafter war der Verkehr an den Kalbermärkten.

Wirtschaftsschau

Rückläufiger Güterverkehr

Seit Jahresbeginn bleibt die Wagengestellung der Reichsbahn unter Vorjahreshöhe. Dabei waren die Transportumsätze zu gleichen Zeit des Vorjahres infolge der außerordentlichen Kälte schon sehr klein. Das Institut für Konjunkturforschung erklärt diesen Rückgang mit einer Verminderung der Kohlentransporte, während die Gestellung für andere Zwecke etwa auf Vorjahreshöhe geblieben ist.

Der Bergbau im Januar

Nach den Ermittlungen der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie betrug im Ruhrbezirk die Kohlenförderung 10 935 154 t (Dez. 10 595 854), die reine Förderung 10 632 945 (10 094 511) t, arbeitsmäßig 414 863 (420 596) t, die Kokserzeugung 2 859 607 (2 955 050) t, arbeitsmäßig 92 245 (97 324) t.

Die Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland betrug 9 250 875 (9 665 128) t, arbeitsmäßig 355 806 (402 714) t, die Briketherstellung 2 225 587 (2 375 871) t, arbeitsmäßig 85 599 (98 995) t. Der Hausbrandbrikettsatz war außerordentlich schlecht. Auf den Werken sammelten sich große Stapelvorräte, zahlreiche Feierschichten mußten angeordnet und einzelne Werke stillgelegt werden.

Starke amerikanische Vorliebe für Aktien deutscher Banken. Die Aktien der deutschen Banken und insbesondere der Berliner Großbanken bilden, wie die Köln. Ztg. meldet, eine der beliebtesten ausländischen Kapitalanlagen der amerikanischen Investmenttrusts. Diese Aktien sind fast in jedem Bestande der USA-Investmentgesellschaften anzutreffen.

Die Graymür Corp., deren Auslandsinvestitionen in der Hauptsache aus Aktien der Deutschen Reichsbank, der Denatbank, der Commerz- und Privatbank sowie der Berliner Handelsgesellschaft bestehen, ist ebenfalls ein bemerkenswertes Beispiel für diese Vorliebe.

Investment Trust besitzt eine größere Auswahl von Aktien deutscher Banken. Um diese Liste, die sich beliebig verlängern läßt, abzuschließen, sei nur noch erwähnt, daß auch die American Founders-Gruppe und der Investmenttrust der Giannini-Gruppe, die zu den größten Trusts Amerikas zählen, erhebliche Kapitalien in deutschen Bankaktien angelegt haben.

Zum Streit Telefunken-Lorenz. Wie die Telefunken-Gesellschaft, Berlin, mitteilt, hat der 10. Senat des Kammergerichts in Berlin als zweite Instanz am 19. Februar das Urteil gegen eine Konzerngesellschaft von Philips, nämlich die Radio-Röhrenfabrik Hamburg, bestätigt, das besagt, daß die Lieferung des jetzt 'R. R. T. I.' genannten Rundfunkempfängers in Deutschland eine Patentverletzung darstellt.

Zahlungsschwierigkeiten. Die alte Lederfirma Friedrich Moench in Offenbach hat, wie die 'Frankf. Ztg.' meldet, ihre Zahlungen eingestellt und strebt einen Vergleich an. Nach unseren Informationen betragen die gedeckten und ungedeckten Forderungen rund RM. 550 000. In der Masse dürften etwa 50 Proz. liegen.

Umbau der Pfandbrief-Statistik

Die Statistik der deutschen Pfandbriefe und Obligationen wird, wie die Konj. Korr. von ununterrichteter Seite hört, in der nächsten Zeit wesentlich umgebaut werden. Es hat sich gezeigt, daß die Handhabung bei der Verwertung der Zahlenstatistik häufig zu Fehlschlüssen und Fehlbeurteilungen führte, was vielleicht an der nicht genügenden Aufgliederung des Material selbst lag; es hat sich aber auch gezeigt, daß die Berichterstattung von Seiten der Realreditinstitute nicht so gehandhabt werden konnte, wie es im Interesse einer wirklich vollständigen Erfassung der alten und neuen Emissionen und der Zusammensetzung des Umlaufes notwendig gewesen wäre.

Millioneninsolvenz in Gera. Die Kleiderstoff-Weberei Morand & Co. A.-G. in Gera-Reuß hat, wie die Zeitschrift 'Deutsche Konfektion' mitteilt, ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt.

Monopol der Fiat in Ungarn. Wie in Budapest industriellen Kreisen verlautet, hat die Turiner Fiat Verhandlungen wegen Übernahme der Ungarischen Allgemeinen Maschinenfabrik eingeleitet. Fiat beabsichtigt, seine Erzeugnisse in dieser Fabrik herzustellen. Der ungarische Staat soll sich jedoch verpflichten, eine gewisse Anzahl von Automobilen zu übernehmen.

Börsen

Berlin, 21. Febr. Die freundliche Stimmung des gestrigen Tages war durch die Geschäftslosigkeit an der Frankfurter Abendbörse nicht stärker in Mitleidenschaft gezogen worden, und so hoffte man im heutigen Vormittagsverkehr auf eine gut behauptete Eröffnung. An der Vorbörsen ließ sich dann aber ein gewisses Nachlassen der Stimmung beobachten; die Tendenz wurde unsicher. Man wies darauf hin, daß die an sich erfreuliche Annahme des 45 Millionenkredits der Stadt Berlin durch eine Zustimmung von nur drei Stimmen herbeigeführt sei.

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city, gold rate, and date. Includes entries for Buenos-Aires, Kanada, Japan, etc.

Frankfurt a. M., 21. Febr. An der Geldbörse herrschte wieder fast vollkommene Geschäftslosigkeit, da Orders und auch sonstige Anregungen fehlten. Es traten keine besonderen Kursveränderungen ein.

Keine neue Inflation!

Die Reichsbankleitung benutzt ihren soeben veröffentlichten Verwaltungsbericht für das Jahr 1929 als gute Gelegenheit, um mit absoluter Deutlichkeit gegen das verantwortungslose und sinnlose Gerede aufzutreten, das im Publikum immer wieder Furcht vor einer neuen Inflation zu erregen bemüht ist. Es heißt darin:

'Wie die Gestaltung der Devisenkurse während der wechselvollen Entwicklung des Berichtsjahres erkennen läßt, ist die Reichsbank zu jeder Zeit instande gewesen, die Stabilisierung der Reichsmark zu schützen und aufrechtzuerhalten. Die Bank konnte ihren Status, als es für notwendig erschien, schnell wieder verbessern und erneut zeigen, daß sie auch unter schwierigen Verhältnissen ihre Aufgabe erfüllen kann, sofern sie nur entschlossen ist, die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel energisch einzusetzen.'

Veränderungen ein. J. G. Farben waren knapp behauptet, am Bankmarkt gaben Reichsbankaktiele etwas nach. Auch am Rentenmarkt war das Geschäft sehr gering, nur in Anleihen kamen einige Umsätze zustande.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 21. Febr. Weizen, märk. 227 bis 230, März 238.50-239, Mai 251-252, Juli 258.50-260, Roggen, märk. 159-163, März 169-170, Mai 174.50-175, Juli 177-178, Braugerste 160-170, Industrie- und Futtergerste 140-150, Hafer, märk. 123-133, März 138, Mai 144, Juli 149.50, Weizenmehl 27-34.50, Roggenmehl 20.50-24.25, Weizenkleie 8-8.50, Roggenkleie 7.25-7.75, Viktorienrisen 22-29, kleine Speiserisens 20-22, Futterrisens 16-17, Pelusken 16.50-18.50, Ackerbohnen 16.25-18.50, Wicken 18.50-23, Lupinen, blaue 13-14, Seradella, neue 23-28, Rapskuchen 15.50-16, Leinkuchen 18-18.75, Trockenschrot 6.70-6.80, Soyaextraktionsschrot 14-15.20, Kartoffelflocken 15-15.50.

Berliner Metallbörse vom 21. Febr. Elektrolytkupfer 170.50, Raffinadekupfer 149-150, Standardkupfer 135-159, Standardblei per Febr. 40.50-41, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Banca-, Straits-, Australzinn 179.50, Reinnickel 550, Antimon-Regulus 61-63, Silber 58.75 bis 60.75, Gold im Freiverkehr p. 10 Gramm 28-28.20, Platin im Freiverkehr p. 1 Gramm 6.50-8.50.

Neue Ermäßigung der süddeutschen Zinkblechpreise. Die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung hat mit Wirkung ab 18. Februar die Preise um 2 Proz. ermäßigt, nachdem sie erst am 14. Februar um 1 1/2 Proz. herabgesetzt worden waren.

Allgäuer Butter- und Käsebörse vom 19. Febr. Molkereibutter 138-144 (138-144), Marktlage ruhig. Weichkäse mit 20 Proz. Fettgehalt, grüne Ware: 23-25 (23-25), Marktlage unverändert. Allgäuer Emmentaler mit 45 Proz. Fettgehalt: 95-110 (95 bis 110), Marktlage unverändert.

Spiel und Sport

Neue Termine der Trostrunden

Der Spielabschluß des Süddeutschen Fußball- und Leichtathletikverbandes gibt jetzt die Termine für die noch ausstehenden Spiele der beiden süddeutschen Trostrunden bekannt. Demnach spielen:

- Gruppe Südböf. 2. März: München 1860 - Jahn Regensburg, VfB. Nürnberg - Karlsruher FV, VfR. Seibronn - Phönix Karlsruhe. 9. März: Karlsruher FV - 1. FC. Nürnberg, Union Siedingen - München 1860, Jahn Regensburg - VfR. Seibronn. 16. März: München 1860 - VfB. Nürnberg, VfR. Seibronn - 1. FC. Nürnberg, Phönix Karlsruhe - Jahn Regensburg. 23. März: 1. FC. Nürnberg - VfB. Nürnberg, Phönix Karlsruhe - München 1860, Jahn Regensburg - Union Siedingen. 30. März: 1. FC. Nürnberg - Phönix Karlsruhe, München 1860 - VfR. Seibronn, Jahn Regensburg - VfB. Nürnberg, Karlsruher FV - Union Siedingen. 6. April: 1. FC. Nürnberg - München 1860, Union Siedingen - Jahn Regensburg, Phönix Karlsruhe - Karlsruher FV. 13. April: München 1860 - Karlsruher FV, VfB. Nürnberg - Union Siedingen, Jahn Regensburg - Phönix Karlsruhe. 27. April: 1. FC. Nürnberg - Jahn Regensburg, Union Siedingen - Phönix Karlsruhe, Karlsruher FV - VfR. Seibronn. Gruppe Nordböh. 2. März: VfB. Nedarau - VfR. Saarbrücken, Sportfr. Saarbrücken - Phönix Ludwigshafen. 9. März: Rotweiß Frankfurt - VfB. Wiesbaden (10 1/2 Uhr), VfB. Frankfurt - Sportfr. Saarbrücken. 16. März: Rotweiß Frankfurt - Phönix Ludwigshafen, VfB. Frankfurt - VfR. Neu-Jenburger, VfB. Nedarau - VfB. Wiesbaden, VfR. Saarbrücken - Sportfr. Saarbrücken. 23. März: VfB. Frankfurt - VfR. Saarbrücken, Sportfr. Saarbrücken - VfB. Wiesbaden, VfR. Neu-Jenburger - VfR. Nedarau. 30. März: VfR. Nedarau - Rotweiß Frankfurt, VfB. Wiesbaden - VfB. Frankfurt, Phönix Ludwigshafen - VfB. Saarbrücken, VfR. Neu-Jenburger - Sportfreunde Saarbrücken. 6. April: Rotweiß Frankfurt - VfB. Frankfurt, VfR. Neu-Jenburger - Phönix Ludwigshafen, Sportfreunde Saarbrücken - VfR. Nedarau, VfB. Wiesbaden - VfB. Saarbrücken. 13. April: Rotweiß Frankfurt - VfR. Neu-Jenburger, VfB. Frankfurt - VfR. Nedarau. 18. April: Phönix Ludwigshafen - VfR. Nedarau. 27. April: Phönix Ludwigshafen - VfB. Frankfurt, VfB. Wiesbaden - VfR. Neu-Jenburger, VfB. Saarbrücken - Rotweiß Frankfurt.

Der bekannte Internationale Hoffman vom Dresdener EC, zog sich in der Nacht zum Dienstag infolge eines Autounfalls eine schwere Gehirnverletzung zu, so daß er an dem Spiel gegen Itzert nicht teilnehmen kann.

